

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

17. WP - 3. Sitzung (öffentlicher Teil)

am Donnerstag, dem 12. November 2009, 10 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Peter Sönnichsen (CDU)

Hans-Jörn Arp (CDU)

Johannes Callsen (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Oliver Kumbartzky (FDP)

Katharina Loedige (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ulrich Schippels (DIE LINKE)

Lars Harms (SSW)

Vorsitzender

i. V. von Astrid Damerow

### **Weitere Abgeordnete**

Dr. Robert Habeck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Ergebnis der 135. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 3. bis 5. November 2009 in Hamburg</b>	<b>4</b>
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 17/20	
<b>2. Antrag auf Zustimmung des Finanzausschusses gemäß § 20 Abs. 12 Haushaltsstrukturgesetz 2009/2010; Gründung und Betrieb der Anstalt öffentlichen Rechts „Einheitlicher Ansprechpartner Schleswig-Holstein“</b>	<b>7</b>
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 17/8	
<b>3. Verschiedenes</b>	<b>8</b>
<b>4. ÖPP-Projekt „Erneuerung und Erhaltung der L 192“</b>	<b>9</b>
Vorlage des Verkehrsministeriums interner Umdruck 17/25	
(nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i. V. m. § 17 Abs. 1 Satz 3 GeschO)	

Punkt 4 der Tagesordnung wird **nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i. V. m. § 17 Abs. 1 Satz 3 GeschO** behandelt (siehe nicht öffentlichen Teil der Sitzung)

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Ergebnis der 135. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom  
3. bis 5. November 2009 in Hamburg**

Vorlage des Finanzministeriums  
Umdruck 17/20

St Dr. Bastian führt kurz in Umdruck 17/20 ein und macht auf die Verschlechterung der Einnahmesituation gegenüber dem Jahr 2008 aufmerksam.

Abg. Herdejürgen fragt nach der Erwirtschaftung der Mindereinnahmen von 19 Millionen € in diesem Jahr und der Auflösung der globalen Mindereinnahmen der Ressorts.

P Dr. Altmann und Abg. Harms fragen nach den finanziellen Auswirkungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes auf den Landeshaushalt.

St Dr. Bastian äußert, die Mindereinnahmen von 19 Millionen € würden durch Umschichtungen im Haushaltsvollzug gedeckt. Über die Auflösung der globalen Minderausgaben werde die Landesregierung den Finanzausschuss in der Sitzung am 10. Dezember 2009 unterrichten. Die vom Bund geplanten steuerentlastenden Maßnahmen bedeuteten für das Land in der Summe eine Belastung von 400 Millionen €. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz führe zu Steuereintrüben für das Land in einer Größenordnung von 70 Millionen €, für Land und Kommunen zusammen zu einer zusätzlichen Belastung von knapp 130 Millionen €. Die Gespräche zwischen Bund und Ländern über eine Kompensation der Einnahmeausfälle seien in vollem Gange.

Abg. Heinold wünscht sich eine möglichst breite Mehrheit für den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Keine Steuersenkungen zulasten von Land und Kommunen“, Drucksache 17/15. Sie erwartet, dass die Landesregierung wie vom Landtag beschlossen die Mittelfristige Finanzplanung bis Ende des Jahres vorlege. Außerdem möchte sie wissen, wann die Landesregierung den mit dem Nachtragshaushalt beschlossenen Abbau von 4.800 Stellen konkretisiere.

St Dr. Bastian verweist hinsichtlich des beabsichtigten Stellenabbaus auf die Vereinbarung der Koalition, 10 % der Personalstellen des Landes abzubauen. Um im Jahr 2020 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, werde man gestützt auf die Mai-Steuerschätzung im Jahr 2010 einen Konsolidierungspfad beschreiben. An diese langfristigen Finanzplanung seien zukünftige Regierungen gebunden und müssten sich auch die Mittelfristige Finanzplanung und die Haushalte anpassen. Je früher man mit dem Stellenabbau beginne - damit greift er eine Nachfrage von Abg. Dr. Habeck auf -, desto flacher werde der Konsolidierungspfad ausfallen. Über die Aufteilung der einzusparenden Stellen werde die Koalition entscheiden.

P Dr. Altmann begrüßt den vom letzten Landtag beschlossenen und von der jetzigen Koalition vereinbarten Personalabbau. Wenn man tatsächlich eine Einsparung von 10 % beziehungsweise 5.600 Stellen erreichen wolle, dürfe man allerdings nicht große Bereiche wie Polizei und Lehrer wieder für tabu erklären.

St Dr. Bastian stellt klar, dass die Summe der Stelleneinsparung nicht reduziert werden dürfe und mit dem Personalabbau 2010 begonnen werden müsse. Je früher die erhöhten Einsparzahlen auf die Ressorts heruntergebrochen würden, desto besser.

Abg. Heinold beantragt, dass die Landesregierung den Finanzausschuss bis zur nächsten Sitzung schriftlich über die Aufteilung der mit dem Nachtragshaushalt beschlossenen einzusparenden Stellen unterrichte.

Auch Abg. Weber möchte von der Landesregierung wissen, wo sie 4.800 Stellen oder sogar mehr einsparen wolle, wenn zwischenzeitlich Regierungsmitglieder erklärten, den größten Kostenblock, nämlich den Lehrerbereich, von Einsparungen ausnehmen zu wollen.

Abg. Koch stellt klar, die Koalition wolle die Umsetzung der von der ehemaligen Regierung beschlossenen Maßnahmen weder verzögern noch verwässern noch hinausschieben, sondern darüber hinaus weitere Stellen einsparen. Eine seriöse Umsetzung dieser weiter gehenden Planung koste Zeit.

Auch Abg. Harms möchte von der Regierung wissen, wie sie die 4.800 oder sogar 5.600 Stellen einsparen wolle und wo eventuell Umschichtungen geplant seien.

Abg. Herdejürgen weist darauf hin, dass der 2. Nachtrag vom Parlament beschlossen worden sei und umgesetzt werden müsse. Der Haushaltsgesetzgeber habe ein Recht darauf, von der Landesregierung zu erfahren, in welchen Bereichen die Stellen eingespart würden.

Abg. Arp wirbt um Verständnis, dass bei einer so gewaltigen Kraftanstrengung Sorgfalt vor Schnelligkeit gehe.

St Dr. Bastian teilt mit, zur Umsetzung des Begleitbeschlusses der ehemaligen Koalition zum Nachtragshaushalt sei den Häusern eine Frist bis zum 1. Dezember 2009 eingeräumt worden. Ende Januar 2010 könne die Landesregierung dem Finanzausschuss über die Zuordnung der Stelleneinsparungen berichten.

Abg. Schippels erklärt, die Fraktion DIE LINKE sei gegen die beschlossenen Personaleinsparungen des Landes.

Abg. Heinold zieht ihren Antrag zurück, wenn die Landesregierung zusage, den Finanzausschuss im Januar 2010 über die Verteilung der gemäß Nachtragshaushalt einzusparenden 4.800 Stellen schriftlich zu unterrichten.

St Dr. Bastian sagt abschließend zu, den Finanzausschuss Ende Januar 2010 über den Stand der Umsetzung der Auflösung der einzusparenden Stellen schriftlich zu unterrichten.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 17/20 zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Antrag auf Zustimmung des Finanzausschusses gemäß § 20 Abs. 12 Haushaltsstrukturgesetz 2009/2010;  
Gründung und Betrieb der Anstalt öffentlichen Rechts „Einheitlicher Ansprechpartner Schleswig-Holstein“**

Vorlage des Finanzministeriums  
Umdruck 17/8

St Dr. Bastian führt kurz in die Vorlage Umdruck 17/8 ein.

Abg. Heinold verweist auf den Koalitionsvertrag, wonach neue Aufgaben nur durch Verzicht auf bisherige finanziert würden, und möchte von der Landesregierung wissen, ob und an welcher Stelle sie das Prinzip „alternativ statt additiv“ umsetze und die Kosten von 500.000 € beziehungsweise sechs bis sieben Stellen einspare.

St Dr. Bastian erwidert, es sei nicht vorgesehen, zur Gegenfinanzierung der neuen Aufgabe im Landeshaushalt Stellen zu streichen. Das Personal der Anstalt werde im Wesentlichen durch Abordnungen aus dem kommunalen und Kammerbereich bereitgestellt. Die Ausgaben seien haushaltsmäßig gedeckt.

Mit den Stimmen von CDU, FDP und LINKEN gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW wird der Antrag von Abg. Heinold abgelehnt, die Landesregierung aufzufordern, dem Finanzausschuss bis zur nächsten Sitzung darzustellen, an welcher Stelle eine Kompensation in Form von Stellenstreichungen im Landeshaushalt vorgenommen wird.

Bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE stimmt der Ausschuss der Vorlage des Finanzministeriums „Gründung und Betrieb der Anstalt öffentlichen Rechts „Einheitlicher Ansprechpartner Schleswig-Holstein“, Umdruck 17/8, zu.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

- a) Der Finanzausschuss wählt Abg. Olaf Schulze zum stellvertretenden Mitglied der SPD-Fraktion für den Unterausschuss Unternehmensbeteiligungen des Landes.
  
- b) In der nächsten Sitzung am 19. November 2009, 13 Uhr, wird sich der Finanzausschuss mit der Vergütungsstruktur für die Vorstandsmitglieder der HSH Nordbank befassen.



Punkt 4 der Tagesordnung:

**Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für das ÖPP-Projekt „Erneuerung und  
Erhaltung der L 192“**

Vorlage des Verkehrsministeriums  
interner Umdruck 17/25

Die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgt gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i. V. m. § 17 Abs. 1 Satz 3 GeschO nicht öffentlich (siehe nicht öffentlichen Teil der Niederschrift).

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 10:50 Uhr.

gez. Peter Sönnichsen

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer